## Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW)

Der TPNW trat 2021 in Kraft und hat die weltweite nukleare Abrüstung zum Ziel. Die Schweiz war seit Beginn der Verhandlungen an der Ausarbeitung des Vertrags beteiligt und hat ihn 2017 in der UNO-Generalversammlung genehmigt. Ab 2018 forderte das Schweizer Parlament den Bundesrat auf, den Vertrag zu unterzeichnen. Trotz aller Vorstösse aus beiden Kammern hat der Bundesrat seine Entscheidung immer wieder aufgeschoben.

**Warum dieses Projekt?**
Seit dem Krieg in der Ukraine haben die Diskussionen über Atomwaffen wieder Fahrt aufgenommen. Im Februar 2023 kündigte Putin an, die Teilnahme Russlands an New Start, dem Vertrag mit den USA über die Reduzierung von Atomwaffen, aussetzen zu wollen, wodurch die nukleare Bedrohung noch konkreter wurde. Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen hat hier eine wichtige Rolle zu spielen: Sie muss sich nachdrücklich für die weltweite nukleare Abrüstung einsetzen und den Rest der internationalen Gemeinschaft ermutigen, dies ebenfalls zu tun. Mitte April berichteten Schweizer Medien jedoch, dass die NATO durch ihren Generalsekretär die Schweiz dazu drängen würde, den TPNW nicht zu unterzeichnen, mit der Begründung, dass eine Annäherung zwischen der Schweiz und der NATO durch die Unterzeichnung des Vertrags erschwert würde. Diese neuen Informationen machen die Unterzeichnung des TPNW in vielerlei Hinsicht zu einer hochpolitischen Diskussion: Es geht nicht nur um eine Schweiz, dass die Schweiz mit gutem Beispiel vorangeht, sondern auch darum, dass sich die Schweiz gegen den Druck der NATO und deren Atommächte durchsetzt.

**Was ist das Ziel?**
Mit einer eidgenössischen Volksinitiative wäre der Bundesrat verpflichtet, den TPNW zu ratifizieren und zu unterzeichnen und somit die Forderung des Parlaments umzusetzen. Offenbar reicht der Druck des Parlamentes und der Zivilgesellschaft nicht, um den Beschluss von 2018 umzusetzen oder zumindest mal eine Antwort zu liefern. Si bleibt der Weg über eine Initiative die letzte Möglichkeit, die Schweiz zum Beitritt zum Vertrag zu bewegen. 2017 antwortete der Bundesrat auf eine Anfrage von Claudia Friedl zum Thema TPNW im Nationalrat:: "Ein Verbot von Atomwaffen entspricht grundsätzlich den zentralen Interessen und traditionellen Werten der Schweiz, insbesondere ihren Sicherheitsinteressen, ihrer humanitären Tradition und ihrem Engagement für die Einhaltung, Stärkung und Förderung des humanitären Völkerrechts". Es ist daher schwer zu verstehen, warum von ihrer Seite noch nichts unternommen wurde.

**Warum sollte sich die GSoA mit diesem Projekt befassen?**
Als Antimilitarist*innen ist der Kampf für die nukleare Abrüstung ein fester Bestandteil unserer Werte. Ein solcher Kampf würde dazu beitragen, die Stärke der GSoA als grösste Friedensorganisation der Schweiz einmal mehr unter Beweis zu stellen und würde den Grundstein für Diskussionen über die Schaffung einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur legen, in der Atomwaffen keinen Platz haben.

**Wie lauten die konkreten Forderungen?**
- Die Unterzeichnung sowie die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrag.
- Den vollständigen Stopp der Investitionen der Schweiz in Atomwaffen.

- Druck auf Nicht-Mitgliedsstaaten, die Entwicklung von Atomwaffen zu stoppen und eine echte Kontrolle über diese Länder zu haben.